

MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

Querschnittkürzung beim Personal nicht umsetzbar

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal VGB, der die Personalverbände PVB, Garanto, VPOD und PVfedpol angeschlossen sind, ist äusserst besorgt, dass der Nationalrat auch beim zweiten Anlauf im Voranschlag 2017 beim Personal zusätzlich 50 Mio. Franken einsparen will. Dies ist ein massiver Abbau bei den Personalressourcen, der zudem in der kurzen Frist gar nicht realisiert werden kann. Selbst wenn Angestellten nun sofort gekündigt würde, würde dies aufgrund von Kündigungsfristen und Sozialplan rechnerisch erst gegen Ende 2017 wirksam. Und das bedeutet eben nicht, dass das Bundespersonal sonderlich privilegiert ist, denn Sozialpläne kämen in einem solchen Fall auch in der Privatwirtschaft zum Zug.

Was die Mehrheit der ParlamentarierInnen auch nicht zur Kenntnis nehmen will, ist, dass die Bundesverwaltung bereits seit längerem aufgrund von bundesrätlichen Anweisungen alle möglichen Spielräume wie verzögerte Stellenbesetzungen und Stellenstopp nach Pensionierungen ausschöpft. Es gibt im Personaletat keine Luft mehr.

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal hofft nun auf den Ständerat. Die bürgerlichen Ständerätinnen und Ständeräte müssen ihre ParteikollegInnen im Nationalrat zur Raison bringen.

Für Auskünfte:

- Christof Jakob, Präsident VGB und VPOD-Sekretär, Tel. 077 447 29 03
- Maria Bernasconi, Generalsekretärin PVB und Vizepräsidentin VGB, Tel. 078 718 71 13